

EINWANDERER

„Nicht in unserem Namen“

Die aus Iran stammende Kölner Menschenrechtlerin Mina Ahadi, 50, über die Ziele des von ihr mitgegründeten „Zentralrats der Ex-Muslime“, der sich diese Woche in Berlin vorstellt



SINA VOGT

SPIEGEL: Zusammen mit 29 anderen Einwanderern aus muslimischen Ländern bekennen Sie: Wir haben dem Islam abgeschworen. Die Aktion ähnelt der von Frauen, die in den siebziger Jahren öffentlich erklärten, abgetrieben zu haben. Was ist Ihr Ziel?

Ahadi: Ich bin schon seit 30 Jahren keine Muslimin mehr. Außerdem bin ich kritisch gegenüber dem Islam in Deutschland und auch gegenüber dem Umgang der deutschen Regierung mit dem Thema Islam. Viele muslimische Organisationen wie der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) oder Milli Görüş machen Politik und mischen sich in das Alltagsleben der Menschen ein. Sie wurden ja auch zur Islamkonferenz eingeladen. Aber ihre Ziele sind frauenfeindlich und menschenfeindlich.

SPIEGEL: Warum?

Ahadi: Sie wollen Frauen das Kopftuch vorschreiben. Sie verstärken ein Klima, in dem Mädchen keinen Freund haben und nicht in die Disco gehen dürfen, in dem Homosexualität verteufelt wird. Ich kenne den Islam, und für mich bedeutet er Tod und Schmerz.

SPIEGEL: Was soll Ihre Organisation tun?



Ahadi, Protest-Broschüre

Ahadi: Ein Beispiel: Da gab ein Vertreter des ZMD zu verstehen, ein Umzugswagen beim Karneval, der Islamisten mit Sprengstoffgürteln zeigte, habe die Muslime beleidigt. Aber dafür gibt es keinerlei Beweise. Die Verbände tun so, als sprächen sie für alle – und werden teilweise von deutscher Seite auch so anerkannt. Das ist schlimm. Wir müssen ein Zeichen dagegen setzen und sagen: nicht in unserem Namen. Wir sind ganz anders. Wir sind säkulare Humanisten. Diesen Menschen wollen wir eine Stimme geben. Einer muss das anfangen. Wir treten für Menschenrechte ein.

SPIEGEL: Einige Ihrer Mitglieder sind auch in kommunistischen Organisationen ihrer Heimatländer aktiv.

Ahadi: Ja, viele waren dort in linken Gruppen aktiv. Aber dies ist ein anderes Engagement. Wir haben in den letzten Tagen über 100 Mitgliedsanträge erhalten. Wir wollen eine neue Bewegung schaffen, auch in anderen europäischen Ländern, hoffentlich sind wir bald 10 000 und vertreten noch viele mehr.

SPIEGEL: Wird Ihre Aktion die Fronten nicht eher verhärten?

Ahadi: Ich glaube nicht, dass man den Islam modernisieren kann, wir wollen einen Gegenpol zu den muslimischen Organisationen bilden. Dass dies unter Polizeischutz geschieht, zeigt, wie notwendig unsere Initiative ist.

HAMBURG

Gespaltene SPD

Ein Jahr vor der Bürgerschaftswahl in der Hansestadt ist die Hamburger SPD dabei, Bürgermeister Ole von

Beust (CDU) eine Steilvorlage zu liefern. Hintergrund ist die von der CDU-Bildungssenatorin Alexandra Dinges-Dierig geplante Schulreform. Dabei sollen nur Gymnasien erhalten bleiben, alle anderen Schulen zu „Stadtteilschulen“ umgewan-



Beust

SEBASTIAN WIDMANN / PICTURE-ALLIANCE / DPA

delt werden. Zahlreiche Bildungsexperten begrüßen das Vorhaben – darunter auch solche, die von der SPD in eine Enquete-Kommission zur Schulreform entsandt worden sind. Andere Bundesländer signalisieren zudem Interesse an dem Modell. Die Elb-SPD allerdings hat sich dafür ausgesprochen, die Gymnasien in die Umwandlung einzubeziehen. Allerdings sind die Sozialdemokraten in dieser Frage tief gespalten, auch einige Spitzengenießen haben sich für den Erhalt des Gymnasiums ausgesprochen. Hamburger Unionspolitiker erwarten, dass Beust die Spaltung der SPD nutzen wird, um sich zum Wahlkampfauftritt als Reformator und zugleich als Beschützer der traditionsreichen Schulform zu profilieren.